

Antonius Sch. - Verein
Gesang - Abteilung.
Die erste Monats-
versammlung der Mitglieder
am Sonntag den 24. November
um 7 Uhr im Vereins-
saal (Königsplatz) (Eintritt
kostenlos).
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden.
2. Bericht des Schriftführers.
3. Bericht des Kassenführers.
4. Bericht des Jugendwartes.
5. Bericht des Kulturwartes.
6. Bericht des Sportwartes.
7. Bericht des Fremdenwartes.
8. Bericht des Hauswartes.
9. Bericht des Bibliothekars.
10. Bericht des Archivars.
11. Bericht des Protokollführers.
12. Bericht des Beirats.
13. Bericht des Ausschusses.
14. Bericht des Komitees.
15. Bericht des Vorstandes.
16. Bericht des Aufsichtsrates.
17. Bericht des Kontrollrates.
18. Bericht des Revisionsrates.
19. Bericht des Rechnungsprüfers.
20. Bericht des Wirtschaftsprüfers.
21. Bericht des Steuerprüfers.
22. Bericht des Bilanzprüfers.
23. Bericht des Inventarprüfers.
24. Bericht des Liquidationsprüfers.
25. Bericht des Liquidationsprüfers.
26. Bericht des Liquidationsprüfers.
27. Bericht des Liquidationsprüfers.
28. Bericht des Liquidationsprüfers.
29. Bericht des Liquidationsprüfers.
30. Bericht des Liquidationsprüfers.
31. Bericht des Liquidationsprüfers.
32. Bericht des Liquidationsprüfers.
33. Bericht des Liquidationsprüfers.
34. Bericht des Liquidationsprüfers.
35. Bericht des Liquidationsprüfers.
36. Bericht des Liquidationsprüfers.
37. Bericht des Liquidationsprüfers.
38. Bericht des Liquidationsprüfers.
39. Bericht des Liquidationsprüfers.
40. Bericht des Liquidationsprüfers.
41. Bericht des Liquidationsprüfers.
42. Bericht des Liquidationsprüfers.
43. Bericht des Liquidationsprüfers.
44. Bericht des Liquidationsprüfers.
45. Bericht des Liquidationsprüfers.
46. Bericht des Liquidationsprüfers.
47. Bericht des Liquidationsprüfers.
48. Bericht des Liquidationsprüfers.
49. Bericht des Liquidationsprüfers.
50. Bericht des Liquidationsprüfers.
51. Bericht des Liquidationsprüfers.
52. Bericht des Liquidationsprüfers.
53. Bericht des Liquidationsprüfers.
54. Bericht des Liquidationsprüfers.
55. Bericht des Liquidationsprüfers.
56. Bericht des Liquidationsprüfers.
57. Bericht des Liquidationsprüfers.
58. Bericht des Liquidationsprüfers.
59. Bericht des Liquidationsprüfers.
60. Bericht des Liquidationsprüfers.
61. Bericht des Liquidationsprüfers.
62. Bericht des Liquidationsprüfers.
63. Bericht des Liquidationsprüfers.
64. Bericht des Liquidationsprüfers.
65. Bericht des Liquidationsprüfers.
66. Bericht des Liquidationsprüfers.
67. Bericht des Liquidationsprüfers.
68. Bericht des Liquidationsprüfers.
69. Bericht des Liquidationsprüfers.
70. Bericht des Liquidationsprüfers.
71. Bericht des Liquidationsprüfers.
72. Bericht des Liquidationsprüfers.
73. Bericht des Liquidationsprüfers.
74. Bericht des Liquidationsprüfers.
75. Bericht des Liquidationsprüfers.
76. Bericht des Liquidationsprüfers.
77. Bericht des Liquidationsprüfers.
78. Bericht des Liquidationsprüfers.
79. Bericht des Liquidationsprüfers.
80. Bericht des Liquidationsprüfers.
81. Bericht des Liquidationsprüfers.
82. Bericht des Liquidationsprüfers.
83. Bericht des Liquidationsprüfers.
84. Bericht des Liquidationsprüfers.
85. Bericht des Liquidationsprüfers.
86. Bericht des Liquidationsprüfers.
87. Bericht des Liquidationsprüfers.
88. Bericht des Liquidationsprüfers.
89. Bericht des Liquidationsprüfers.
90. Bericht des Liquidationsprüfers.
91. Bericht des Liquidationsprüfers.
92. Bericht des Liquidationsprüfers.
93. Bericht des Liquidationsprüfers.
94. Bericht des Liquidationsprüfers.
95. Bericht des Liquidationsprüfers.
96. Bericht des Liquidationsprüfers.
97. Bericht des Liquidationsprüfers.
98. Bericht des Liquidationsprüfers.
99. Bericht des Liquidationsprüfers.
100. Bericht des Liquidationsprüfers.

Weggepreise einschließlich Post- und Zustellungsgebühren
Nr. 200. — (Freiwillig). — Im Falle späterer Bewilligung
besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Rheider Volkszeitung

Amstlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern
und Mitgliedern des Kreises Borken. — Organ der Zentrumspartei.

Anholt-Melburger Zeitung

Nr. 278

Katholisch: Saturninus.

Mittwoch, den 29. November

Evangelisch: Eberhard.

1922

Ein neuer Reichssparkommissar.

Berlin, 28. Nov. (Drahtb.) Die Ernennung des Präsidenten
des Reichssparkommissars, Dr. Sämisch, zum Reichssparkommissar
für Erhaltung in der Verwaltung kann als nahe bevorstehend
bezeichnet werden.

Einen Reichssparkommissar hat es bereits vor zwei Jahren
einmal gegeben. Der damalige Kommissar Dr. Carl hat aber
nicht erreichen können, weil alle seine Vorschläge am Wider-
stand der einzelnen Ressorts scheiterten. Es wäre zu wünschen,
dass unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse nunmehr mit dem
Sparkommissar ein günstigeres Ergebnis erzielt würde.

Wesentliche Erhöhung der Zwangsanleihe.

Berlin, 28. Nov. (Tel.) Der „Tag“ berichtet: Reichs-
rat und Reichstag werden sich in nächster Zeit mit einem
Ergänzungsgesetz zur Zwangsanleihe beschäftigen. Seiner-
zeit wurde der Betrag der Zwangsanleihe auf rund eine
Milliarde Goldmark geschätzt, aber in Papiermark auf
74 Milliarden festgelegt. Inzwischen sind diese 74 Milliarden
durch die Marktentwertung weit überholt. Das Reichs-
kabinett hat sich deshalb in seiner gestrigen Sitzung mit
einem Gesetzentwurf beschäftigt, der eine wesentliche Erhö-
hung der Zwangsanleihe in Papiermark vorsieht. Das
Reichskabinett hat ferner einem Gesetzentwurf über die Er-
höhung der Wohnungsbauabgabe für 1923 seine Zustimmung
gegeben.

Maßnahmen gegen den Grenz- schmuggel.

Von verschiedenen Grenzstationen wird neuerdings eine
Zunahme des Schmuggels, der sich besonders mit der Ver-
schiebung von Lebensmitteln befaßt, gemeldet. Besonders
schlimm haben sich die Verhältnisse an der deutsch-hollän-
dischen Grenze entwickelt. So gehen z. B. Tausende von
Pferden unversorgt über die Grenze. Die Bevölkerung an der
Grenze ist der Meinung, daß der Beamtenapparat zur Be-
kämpfung des Schmuggels nicht genügt und nicht praktisch
genug arbeitet. Der preussische Innenminister hat jetzt dem
Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Vermehrung
und Ausgestaltung der Grenzkommissionen vorsieht.

Deutsche Note an den Völkerbund.

Eine Erwiderung auf polnische Beschuldigungen.
Berlin, 28. Nov. Die Reichsregierung hat eine Note an
den Völkerbund gerichtet, die eine Erwiderung auf die Note
der polnischen Regierung vom 28. August dieses Jahres
darstellt. In der Note hat die polnische Regierung Deutschland
beschuldigt, die polnische Minderheit in Westpreußen vernich-
ten zu wollen. Zu diesem Zweck hätten von den Behörden un-
terstützte Geheimorganisationen einen Terror entfacht. Die Note
der deutschen Regierung stellt demgegenüber fest, daß die Miß-
handlungen nationaler Minderheiten in Ostpreußen bereits
im April d. Js. ihren Anfang genommen und daß sich seitdem
zahlreiche von polnischer Seite veranstaltete Überfälle abge-
spielt haben. Erst am 30. Mai sei die deutsche Bevölkerung in West-
preußen gegenüber den Ausschreitungen polnischer Terroristen
zur Selbsthilfe übergegangen. Die Note gibt eingehendes Zi-
fermaterial an über die durch den polnischen Terror vertriebe-
nen Flüchtlinge. Gegenüber den in der polnischen Note erhobenen
Klagen über die mangelnde Einrichtung von Minderheitsschulen
in Deutschland weist die Note darauf hin, daß, während man
auf deutscher Seite zur Einrichtung von Unterrichtsinstituten
in Deutschland bereit im August hingewiesen habe, die polnische
Regierung ihre Verpflichtungen, Minderheitsschulen einzurichten,
ganz ungenügend oder garnicht erfüllt hat. In der Note wird
angeregt, daß von deutscher und polnischer Seite das Material
über Ausschreitungen dem Präsidenten Calverge vorgelegt werde,
um eine unparteiische Untersuchung herbeizuführen.

Die Konferenz in Lausanne.

Eine ultimative Forderung Russlands.
London, 28. Nov. (Tel.) Reuter meldet aus Lausanne, der
russische Delegierte Radowski solle eine Note vorbereiten, in der
er völlige Gleichstellung Russlands mit den anderen auf der Kon-
ferenz vertretenen Mächte fordert. Andernfalls werde Russland
nicht an ihr teilnehmen. Es verlautet, die britische Antwort
werde dahingehen, daß Russland auf der Konferenz gleichberechtigt
mit den anderen Mächten sein werde, wenn Fragen zur Er-
weiterung kommen, die Russland betreffen.

Moskau, 28. Nov. (Drahtb.) Schischterin ist gestern abend
nach Lausanne abgereist. Der deutsche Botschafter war bei dem
Empfang zugegen. Schischterin wird auf der Durchreise einen
Tag in Berlin verweilen.

Lausanne, 28. Nov. (Tel.) Die bulgarische Delegation er-
klärte heute bei einem Empfang der Presse über die in einem
Unterwiesungsgespräch gepflogenen Verhandlungen über einen Zugang
Bulgariens zum Meer, daß der geplante Zugang den Bedürfnis-
nissen Bulgariens in keiner Weise entspreche. Nur der Besitz
eines ausreichenden Gebietes, wie etwa Danubij, könne ihm den
Ausbau des Hafens von Debeagatsh ermöglichen. — In dem

Frankreichs Vorbereitungen für Brüssel.

Drohende Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 28. Nov. Wie Havas berichtet, hat gestern im
Elyse unter dem Vorsitz Millierands eine wichtige Kon-
ferenz stattgefunden, an der u. a. Poincare, Marcell Foch,
Kriegsminister Maginot, Finanzminister de Lasteyrie,
der Minister für die besetzten Gebiete Reibel, sowie der Ver-
treter Frankreichs im Weiderterschiedsausschuß, Barthou, teil-
nahmen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß auch der franzö-
sische Oberkommissar im Rheinland, Tirard, der Generalstabs-
chef Buat und der Generalinspektor der französischen Bergwerke
Coste anwesend waren. Die Konferenz war einberufen worden,
um die Maßnahmen zu erörtern, die Frankreich ergreifen wolle,
falls die Brüsseler Konferenz entweder nicht zustande käme oder
wenn die vom französischen Kabinett eingebrachten Forderungen
keine Erfolge zeitigen sollten. Diese Maßnahmen sollen nach
einer Meldung der Agentur Radio bestehen in einer vollkom-
menen Inbesitznahme der Rheinlande, wobei
vor allem eine Besetzung der deutschen Beamten
durch französische gedacht wird, und in der Besetzung
von zwei Dritteln des Ruhrgebiets einschließlich der
Städte Essen und Bochum, damit Frankreich sich die Kohlen-
lieferungen sichern und auch den Rots, den seine Industrie ge-
brauche, erhalten könnte.

Daß Frankreich auf solche Gewaltmaßnahmen ausgeht, wird
bekräftigt durch Äußerungen in der französischen Presse. So erklärt
Philippe Millet, der noch vor nicht langer Zeit Poincare bekämpfte,
in der Zeitschrift „Europe Nouvelle“, man müsse territoriale
Pfähder nehmen, nötigenfalls auch nicht vor der Besetzung des
Ruhrgebiets zurückweichen. Und das konservativ „Journal des
Debats“ schrieb gestern: „Seit langem haben wir, was die Ent-
schädigungsfrage betrifft, erklärt, es sei unmöglich, die Pfähder-
politik nicht zu betreiben. Es ist möglich, sie durch eine Anleihe-
politik und durch Abkommen über Sachlieferungen zu ergänzen,
aber Pfähder nehmen und die Verwaltung des lin-
ken Rheinufers organisieren, bleibt die raschste
Lösung, ganz abgesehen davon, daß sie auch der französischen
Sicherheit dient. Vor einem Jahre konnte man noch glauben,
daß die Ereignisse einen anderen Verlauf nähmen. Deutschland
hatte den Zahlungsplan unterzeichnet und seine Schuld festgelegt.
Es hatte sich verpflichtet, die Anwesenheit der Verbündeten in den
drei rechtsrheinischen Städten zu dulden. Es hatte den Anschein,
daß Deutschland sich beugen werde, denn es führte die Zahlungen
vom Monat Mai bis zum Dezember korrekt aus. Aber in diesem
Jahre kürzte es sich auf den Bankrott und vermehrte Bestandun-
gen schlechten Willens. Nach dieser Richtung ist die Lage niemals
schlechter gewesen, und Poincare hatte wohl recht, in seiner Rede
vom letzten Sonntag zu erklären, daß man am Vorabend wichtiger
Entscheidungen stehe.“

Das „Echo de Paris“ ergänzt die Mitteilungen der Agentur
Radio wie folgt: Schon vor einiger Zeit hatte der Kommandant
der französischen Truppen in den Rheinlanden, General Degoutte,
dem französischen Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister
seine Anregungen, wie die Besetzung der Rheinlande vervollkom-
met werden könnte, mitgeteilt, insbesondere wird es für
notwendig erachtet, im Rheinlande die preussischen

Beamten zu ersetzen, deren Feindseligkeit sich umsomehr
bemerkbar mache, als die Reichsregierung sie zum Widerstand ge-
gen die „gerechten Entschädigungen“ Frankreichs anstachelte. Tirard
machte hierüber Mitteilungen, welche Eindruck auf die Zuhörer
bei der gestrigen Konferenz machten, insbesondere wies er auf
die unzulässige Opposition hin, die die Ausübung seines Man-
dats findet. Auch wegen der Besetzung des Ruhrgebiets
wurden bestimmte Maßnahmen ins Auge gefaßt.
Man würde durch diese direkten Interessen der deutschen Großin-
dustriellen schwer treffen und könnte Frankreich die Wiederher-
stellungskosten und Rots beschaffen. Finanzminister Delaunay
erstattete Bericht über die Kosten, die dadurch Frankreich ent-
stünden. Die gestern beschlossenen Maßnahmen werden heute
dem Ministerrat vorgelegt werden, sobald die Stunde hierfür ge-
kommen wäre.

Paris, 28. Nov. (Tel.) Poincare empfing gestern nach-
mittag den französischen Botschafter in Berlin de Margerie.

Das französische Programm für Brüssel.

Paris, 28. Nov. (Tel.) Die „Daily Mail“ veröffentlicht
einen Artikel, der nach Angabe des Blattes von einer offiziellen
Persönlichkeit in Paris stammt und Frankreichs Forderungen
für Brüssel enthält. Die Brüsseler Konferenz werde von Frank-
reich als letzter Versuch betrachtet, um ohne gewaltsame Maßnah-
men gegenüber Deutschland zur Lösung der Reparationsfrage zu
gelangen. Die französische Regierung sei bereit, jeden Plan gün-
stig zu beurteilen, der Frankreich nicht dazu zwingt, die Besetzung
des linken Rheinufers aufzugeben oder auf Bestimmungen des
Versailler Vertrages zu verzichten, wonach Frankreich militärische
Maßnahmen gegenüber Deutschland ergreifen könnte. Die fran-
zösische Regierung würde unter diesen Voraussetzungen jeden
Plan begrüßen, der dazu führen könnte, daß Deutschland bezahle.
Im ganzen läuft das französische Programm auf folgende vier
Punkte hinaus:

1. Strenge internationalisierte Kontrolle der deutschen Finanzen,
begleitet von einer internationalen Anleihe, die zwischen Deutsch-
land und Frankreich geteilt werden soll. Die Deutschland zuge-
sprochene Summe soll unter Kontrolle der Alliierten zur Stabilis-
sierung der Mark, zum Ankauf von Rohmaterialien und Lebens-
mitteln verwendet werden, soweit diese von Deutschland benötigt
werden.
2. Aufrechterhaltung aller französischen Rechte und Prioritä-
ten gegenüber Deutschland, einschließlich der Besetzung des deut-
schen Gebiets. Die Periode von fünfzehn Jahren für die Be-
setzung der Rheinlande soll während des fünfjährigen Mora-
toriums nicht gerechnet werden.
3. Fortdauer der Sachlieferungen während der Morato-
riumdauer. Außerdem soll Deutschland an den Arbeiten im In-
nern Frankreichs für die Einrichtung von Kanälen, elektrischen
Kraftstationen und Eisenbahnen teilnehmen.
4. Annulierung aller Schulden Frankreichs gegenüber seinen
Alliierten, wofür dieses seinen Schuldnern die Schulden nach-
lassen soll.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen.

Münster, 28. Nov. Die Lage des Arbeitsmarktes in West-
falen und Lippe in der Zeit vom 19. bis zum 25. November
zeigte die Neigung zu einer Verschlechterung. In den für den
Berichtsbezirk wichtigen Industrien wie Textil, Tabak und
Metallgewerbe wird immer häufiger auf Arbeitsentlassungen ge-
schritten, und die weiblichen und ungelerten Arbeitskräfte sind
naturgemäß von der Verschlechterung der Wirtschaftslage am
meisten betroffen. Die Aufnahmefähigkeit jener Berufsgruppe, die
bisher noch Arbeitsgelegenheit in beschränktem Umfang boten,
scheint erschöpft zu sein. Die Lage in der Landwirtschaft ist als
ungünstig zu bezeichnen. Die Nachfrage nach gelerten Ar-
beitskräften hat weiter nachgelassen und das Angebot ist weiter
gestiegen. Der bergbauliche Arbeitsmarkt bleibt unverändert.
Infolge weiterer Arbeitsbeschränkungen und Entlassungen neigt
die Metallindustrie in allen Bezirken zur Verschlechterung.
Hauptächlich sind es jüngere weibliche und männliche Arbeits-
kräfte, die größtenteils von mittleren und kleineren Betrieben
zur Entlassung kommen. In der Holzindustrie ist infolge Ab-
schwüchigung, besonders in der Möbelfabrikation, teilweise aus
Rohstoffmangel, der Beschäftigungsgrad weiter zurückgegangen.
Die Arbeitsbeschränkungen in der Textilindustrie haben sich
weiter fortgesetzt. In verschiedenen Bezirken kam es wiederum
zur Entlassung von Arbeitern und Arbeiterinnen, da auch die
fast überall eingeführte Kurzarbeit keine genügende Beschäfti-
gungsmöglichkeit mehr bot. Aus der Bleicherei Leinen- und
Wäscheindustrie werden ebenfalls neue Entlassungen gemel-
det. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie in der Ta-
bak- und Zigarrenindustrie haben weitere Entlassungen infolge
Auftragsmangel stattgefunden. Auch die Hersteller Schokoladen
und Süßwarenindustrie ist infolge Rohstoffmangel zu weiteren
Entlassungen gezwungen worden. Im Baugewerbe hat in
fast allen Bezirken infolge stark eingeschränkter Bauaktivität der
Beschäftigungsgrad erheblich nachgelassen.

Die an der griechischen Niederlage Schuldigen hingerichtet.

London, 27. Nov. Reuter meldet aus Athen: Die noch
andauernde Ministerkrise ist durch einen Schritt des
britischen Gesandten verurteilt worden, der sich
einer etwaigen Hinrichtung der des Hochverrats
beschuldigten Minister widersetzt. Reuter erzählt
von zuverlässiger Seite, daß der britische Gesandte auf seiner
Haltung beharre, die allgemeinen Unwillen erregte, und
daß er die diplomatischen Beziehungen abbrechen und Grie-
chenland unverzüglich verlassen werde, wenn die Hinrichtung
vollzogen werden sollte. Wie weiter gemeldet wird, bildete
Oberst Gonatas das Kabinett mit anderen Mitgliedern
des revolutionären Komitees.

Athen, 28. Nov. (Drahtb.) In dem Hochverratsprozeß wur-
den die ehemaligen Minister Gounaris, Sorafos, Protapadakis,
Theotokis, Baltassis und General Hadjiaestis zu Tode,
Admiral Dudas und General Stratisos zu lebenslänglichem
Gefängnis verurteilt. Die zum Tode Verurteilten wurden sämt-
lich hingerichtet.

Innerpolitische Umschau.

* Vertreter der deutschen Bauernvereine beim Reichspräsidenten. Die Vereinigung der 28 deutschen Bauernvereine hat ihre Richtlinien für den Wiederaufbau durch ihr geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Abg. Dr. C. K. Münzberg, Mitglied d. R. W. R., und ihren Generalsekretär Dr. K. K. K., dem Reichspräsidenten Ebert persönlich überreicht und näher begründet. Förderung der Produktion und Sicherstellung der Ernährung als Grundlage des Programms wurden dabei besonders besprochen. Der Reichspräsident sagte zu, eine Besprechung des Programms mit den Fachministern zu veranlassen.

* 17300 kassenlose Lehrer und 5600 Lehrerinnen sind nach amtlicher Erklärung des preussischen Kultusministeriums in Preußen vorhanden.

Die Mietpreisfrage vor dem Landtag.

Berlin, 28. November. (Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung standen zunächst die großen Anfragen der Demokraten und der Deutschnationalen betreffend Mietangelegenheiten.

Die demokratische Anfrage wendet sich gegen den Erlass des Wohlfahrtsministers vom 16. Juni, wonach Zuschläge von über 5 Prozent für Zinssteigerungen, über 60 bis 70 Prozent für laufende Reparaturen, über 40 Prozent für große Instandsetzungen und über 15 Prozent für Verwaltungskosten nicht genehmigt werden sollen. Die deutschnationale Anfrage wendet sich dagegen, daß das bestehende Wohn- und Mietgesetz zum vollständigen Ruin des soliden Hausbesitzes führe. Die Einrichtung der Mietseinschüsse ohne Berufungsinstanz sei eine Quelle für steigender Zwietracht. Der Reichstag habe das lange erwartete Reichsmietengesetz bedauerlicherweise zurückgezogen.

Abg. Dr. Hoyer (Dem.) begründete die große Anfrage der Demokraten. Der Erlass des Ministers sei durch die Geldentwertung längst überholt, aber man rechne damit noch viel in den Magistratsbüros. Große Instandsetzungen könnten aus Mangel an Kapital gar nicht durchgeführt werden. Ein Reparaturzuschlag von 1000 Prozent sei notwendig. Wenn man frage, was die Mieter dabei machen könnten, müsse man bedenken, daß die Mieter heute selbst die fünfzigfache Grundmiete außerordentlich billig wohnen.

Abg. Dalmier (DN.) begründete die große Anfrage seiner Partei und sucht an zahlreichsten Beispielen nachzuweisen, wie unecht oft die Einschätzungen der Mieteneinschüsse seien. Die Verbitterung über die Zustände wurde von Tag zu Tag größer. (Beifall rechts.)

Wohlfahrtsminister Hoyer: Seit dem 10. August ist keine allgemeine Anordnung über die Zuschläge mehr ergangen. Die Anordnung vom Juni ist natürlich überholt. Nach Vereinbarung mit den Mietern und Vermietern sind wir uns im allgemeinen dahin schlüssig geworden, daß fortan zugelassen werden sollen für Zinssteigerungen bis 40 Prozent, laufende Instandsetzungen bis 200 Prozent, eventuell 300 Prozent, für große Instandsetzungen 150 Prozent, Verwaltungskosten bis 200 Prozent. Daneben besteht die sogenannte Aufwendungsordnung, wonach die Mieter sämtliche Instandsetzungen in der Wohnung tragen müssen. In Berlin werden wir bereits auf eine mindere Basis diese Grundmiete kommen. Dazu kommt die erhöhte Wohnbaubausgabe. Ich bin durchaus bereit, dem Hausbesitz zu geben, was ihm zusteht, aber volkswirtschaftlich ist es nicht gleichgültig, wieviel jemand von seinem Einkommen an Miete zahlt. Ein vernünftiger Ausgleich zwischen Vermietern und Mietern wird mein Bestreben sein, wenn ich auch dabei nicht immer auf Zustimmung zu rechnen habe.

Nach kurzen Ausführungen von sozialdemokratischer und Zentrumsseite schloß die Aussprache.

Der kommunistische Antrag auf sofortige Aufhebung des Strafverfahrens gegen Hölz, in deren Begründung Abg. Frau Wolfstein (Komm.) sich darüber entzifferte, daß man Hölz in Breslau in eine Trennabteilung gebracht habe, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Anfragen, darunter auch die Studienfrage.

Der Entwurf eines Kleinrentnerfürsorgegesetzes.

Ein im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Referentenentwurf für ein Kleinrentnerfürsorgegesetz geht davon aus, daß jachliche und mittelbare Hilfeleistungen zur Bekämpfung des Notstandes vielfach weit geeigneter und wirksamer sind als reine Geldgewährungen, die wirklich ausreichend zu bemessen die allgemeine finanzielle Notlage verbietet. Nach den Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse zur Unterstützung notleidender Kleinrentner kommen als Fürsorgemaßnahmen vornehmlich in Betracht: Vermögensverwaltung, Darlehen, Abschluß von Rentenverträgen, bestmögliche Verwendung des Hausraumes und billige Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidern, Heizkosten usw., Unterbringung in Heimen und Unterstützung solcher Heime, die bedürftige oder frante Kleinrentner aufnehmen. Im Sinne dieser Richtlinien will der Entwurf eine Verpflegung der Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Fürsorgengewährung reichsgesetzlich begründen und zugleich zwecks nachhaltiger Betätigung der zur Unterhaltung der Kleinrentner gesetzlich Verpflichteten ein Verwaltungsbeschlußverfahren einführen.

Neues Lohnabkommen im Ruhrbergbau.

4 Wochen Pause in den Ueberflachten.

Berlin, 28. November. In den gestrigen Lohnverhandlungen einigte man sich für den Ruhrbergbau auf eine Lohnverhöhung von 750 M je Schicht und Mann. In dieser Summe ist eine Erhöhung des Kindergeldes um 20 M einbezogen. Ferner wurde beschlossen, vom 15. Dezember bis 15. Januar das Verfahren von Ueberflachten einzustellen. Man beschließt in Bergarbeitertreue den linksradikalen Terror und fordert daher Aussetzung für zwei Monate. Man einigte sich jedoch auf oben erwähnte Zeit.

Ständige Löhnung der Zeichenarbeiter?

Die Bergarbeiter erlitten bisher dadurch erhebliche Verluste, daß sie den Lohn immer erst vier Wochen nach Beendigung der Arbeit erhielten. Um diesem Uebel wenigstens in etwa abzuhelfen, wird jetzt auf allen Zeichen des Ruhrgebietes dreimal im Monat gezahlt und zwar am 10., 21. und in der Zeit vom 28.-30. eines jeden Monats. Jetzt erhält der Bergmann an jedem Sonntag den Lohn, den er in den verfloßenen 10 Tagen verdient hat. Nunmehr haben die Bergmannsorganisationen den Antrag gestellt, der Lohn möge ihnen, wie allen anderen Arbeitern auch, alle 8 Tage ausgezahlt werden.

Die rheinischen Sonderbündler.

Köln, 28. November. Unter dem Druck und mit pekuniärer Unterstützung der Franzosen bereiten sich im Rheinland Dinge vor, die diesmal zweifellos ernst zu nehmen sind. Die Bewegung der Smeets-Anhänger hat in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen. Grund für die Zunahme ist in der Ansicht vieler

Rheinländer zu suchen, daß von der Reichsregierung bisher nicht genug für die Rheinländer geschehen sei. Die französischen Drangsalierungen haben außerdem gewisse weniger widerstandsfähige Teile der Bevölkerung mürbe gemacht. Diese Leute erklären, daß die Rheinprovinz fürchterliches Aussehen habe, und daß die Reichsregierung mit vergrünlichten Armen ziele. Unter diesen Umständen ist eine heute in Bonn stattfindende Generalversammlung der Smeets-Anhänger besondere Bedeutung zuzumessen. Es wird mit starkem Zulauf gerechnet und es ist zu erwarten, daß Smeets selbst eine außerordentliche Rede Sprache sprechen wird. Die Bonner Polizei ist angewiesen worden, weitergehende Maßnahmen zu treffen. In diesem Augenblick, wo die Aussichten für die Brüsseler Konferenz nur gering sind und wo ferner Frankreich wieder eine große Unruhe zeigt, kann die Demonstration leicht große Folgen mit sich bringen.

Ein deutsch-englischer Zwischenfall.

Bei der Besichtigung der Munitionsanstalt in Döbling bei Ingolstadt durch eine Unterkommission der internationalen Militärkontrollkommission ereignete sich, wie berichtet, ein Zwischenfall, bei dem etwa 20 Zivilisten die Kommissionsmitglieder bestärkten und den deutschen Verbindungsoffizier, als er beschuldigend dazwischentrat, angriffen. Die Demonstranten führten nach den bisherigen Feststellungen keine Waffen bei sich. Ein tätlicher Angriff auf die Kontrolloffiziere fand nicht statt. Der Vorfall ist von der englischen Regierung beim Auswärtigen Amt zur Sprache gebracht worden. Die Ermittlungen gehen weiter.

Ein neues Kabinett in Portugal.

Lissabon, 28. Nov. (Drahtb.) Der Ministerpräsident hat aus Ministern des alten Kabinetts und neuen Persönlichkeiten ein neues Kabinett gebildet. Er handelt besonders im Einverständnis mit den Demokraten.

Westfalen und Rheinland.

* Münster, 28. November. (Sonderdruck der Landwirtschaftskammer.) Heute vormittag hatte der Vorstand der Landwirtschaftskammer eine außerordentliche Hauptversammlung nach dem Landeshause einberufen. Bei dieser Gelegenheit stellte sich auch der neue Regierungspräsident Dr. Haslender vor. Defononierat Dr. Gerland begründete die Nachherhebung einer Umlage zu den Kosten der Landwirtschaftskammer. Es sei ein ungeheurer Betrag von 64 Millionen Mark vorhanden. Eine neue Umlage von 630 Prozent des Grundsteuertrages sei für die Landwirtschaft zu tragen. Ohne Aussprache wurde die sofortige Nachherhebung der Umlage gutgeheißen. Dr. Schröders gab alsdann einen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte, Verteilung und Durchführung der diesjährigen Getreidemenge in der Provinz Westfalen. Gutsbesitzer Westermann-Lütgen-dorff und andere an die Landwirtschaft, alles Korn dem Lande zur Verfügung zu stellen, damit die Brotversorgung gesichert werde. Unter allen Umständen müsse das Hilfsvermögen der deutschen Landwirtschaft gelingen, damit Deutschland vom Ausland in der Getreideversorgung unabhängig werde. Ebenso rief der Freiherr von Ledeberg die Landwirtschaft auf, alles zu tun, was in ihrer Macht liege, um die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Dann wurde eine Entschließung gefaßt, in der das Umlagesoll von 998 000 Doppelzentnern als zu hoch bezeichnet wird. Ferner wurde die Anpassung der Getreidepreise an die Dingepreise geboten. Trotz allem aber müsse der Landwirtschaft dringend empfohlen werden, durch Getreideablieferung zur Sicherung der Brotversorgung soweit als möglich beizutragen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung trat insbesondere Dr. v. Laer für die Kleinrentner ein; er empfahl die allgemeine Durchführung der Landhilfe und die Uebernahme von Renten für bedürftige Angehörige des Kleinrentnerstandes.

* Münster, 28. November. (Professor Schmöle f.) Der Professor der Nationalökonomie und Direktor am Staatswissenschaftlichen Institut Dr. Josef Schmöle ist nach längerer Krankheit im Alter von 57 Jahren gestorben.

* Münster, 27. November. Hier begann die diesjährige letzte Schwurgerichtsperiode. Der Fuhrmann Carl Koll aus Gelsenkirchen hatte sich wegen schweren Raubes zu verantworten. Am 20. Dezember 1918 erschienen bei dem Landwirt Kipp gen. Walter in Walddalen zwei Männer, der eine in Feldgrau, die angeblich Kartoffeln kaufen wollten. Kipp war allein zu Hause. Der Feldgrau hielt ihm einen Revolver vor und rief: „So haben wir im Felde gekauft!“ Kipp ging nun, um ihnen Eier zu holen. Sie kamen ihm nach, festelten ihn mit einer Pistole und forderten unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Da Kipp angab, er habe kein Geld, außer einem kleinen Geldbetrag Kleingeld, Wäsche, Zeilen und Lebensmittel fort. Ein zufällig hinzukommender Nachbar des Kipp fand sie dann friedlich beim Einrücken in der Küche des Kipp. Der Nachbar besetzte den Kipp, konnte aber die Flucht der Räuber nicht verhindern, da sie ihn mit dem Revolver bedrohten. Der Räuber in Uniform soll der Angeklagte gewesen sein. Er leugnet die Tat und spielt den an Gedächtnisschwund leidenden Geisteskranken. Sein früherer Komplize bezeichnet ihn mit aller Bestimmtheit als den Missetäter. Auch die anderen Zeugen erkennen ihn mit großer Wahrscheinlichkeit wieder. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist der Angeklagte ein geistig minderwertiger Simulant, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit wohl besitzt. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des schweren Raubes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände schuldig. Das Gericht erkannte, weil der Angeklagte bei Begehung der Tat erst 18 Jahre alt war, auf zwei Jahre Gefängnis.

* Münster, 28. November. (Mildspeisung für 200 Kinder.) Seit einigen Wochen besteht hier für 200 trante und schwächliche Schulkinder eine Mildspeisung, die durch Aufbringung freiwilliger Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung unterhalten wird. Die Arbeiter der industriellen Werke haben sich in anerkennenswerter Weise bereit erklärt, den Betrag von zwei Ueberflachten zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitgeber haben sich zur Zeichnung des Betrages verpflichtet. Handwerker, Kaufleute und Beamte beteiligten sich an diesem edlen Werk durch Veranstaltung von Sammlungen.

* Heidebrügge, 28. November. (Zusammenstoß mit Wilderern.) Der gräflich von Landsberg'sche Förster Plaghius sah sich bei einem Niedergange unerwartet mehreren Wilderern gegenüber. Diese griffen den Förster an und lachten ihm das Gewehr zu entreißen. Nach hartem Kampf gelang es dem Förster die Wilderer sich vom Falle zu schaffen und einen Schuß abzugeben, der einen Wilderer leicht verletzte. Jetzt flohen sie und konnten unerkannt entkommen.

* Soest, 28. November. (Für 800 000 M. Stoffe gestohlen.) In vergangener Nacht haben Diebe aus dem Geschäftslokal des Schneidmeisters Schütte durch Einbruch wertvolle Stoffe, Wäntel und Kravatten im Werte von circa 800 000 M. gestohlen.

* Herne, 27. November. (Von der Unfähigkeit in unserer Stadt) geben folgende Zahlen ein sprechendes Bild: In der vergangenen Woche sind nicht weniger als 44 Diebstähle und 17 Einbrüche zur Anmeldung gekommen. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Personen wegen Betruges und Unterschlagung angezeigt.

* Dortmund, 28. November. (Die Kommunen am Ende.) Die Stadtverordneten beschließen die vorläufige Zurückstellung des Neubaus einer Volkshalle in der Burgthorstraße, der Handelskassens und der Stadthausvergrößerung. Diese Bauten waren bereits grundsätzlich genehmigt und für die letzteren beiden Bauten waren 46 1/2 Millionen Mark bewilligt worden.

Rom Kollegium wurde der Magistrat beauftragt, zu erwägen, ob sich nicht in anderer Weise sparen lasse, denn die Volkshalle ist schreiend zum Himmel. Vom Oberbürgermeister wurde auf Düsseldorf hingewiesen, das von drei Volkshallen eine schlichte und die Schüler der dritten auf die beiden anderen verteilt. Zur Sicherstellung der Fleischversorgung in Dortmund wurden zwei Millionen Mark zur Einrichtung eines Gefrierhauses im Schlachthof bewilligt.

* Köln, 27. Nov. (Gemeinschaftsarbeit.) Die gesamte Arbeiterkraft der Kölner „Baugewerkschaft“ (Genossenschaftlicher Baubetrieb der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung), circa 420 Personen, hat sich verpflichtet, jede Woche eine Ueberstunde zu leisten und auf den Lohn dafür zugunsten Notleidender zu verzichten. Die „Baugewerkschaft“ gibt zu der so einkommenden Summe einen entsprechenden Zuschuß. Für die erste Ueberstundenwoche konnten bereits 57 000 Mark an den örtlichen Wohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterkraft abgegeben werden. — Nach einer Mitteilung des Kartells der christlichen Gewerkschaften Bonn-Siegburg haben sich die Arbeiterinnen der Steppdeckenfabrik Sturm in Siegburg-Wolsdorf bereit erklärt, zwei Ueberstunden zu leisten und den dafür zu erhaltenden Arbeitslohn zu Wohltätigkeitszwecken abzugeben. Die Firma verpflichtete sich, einen Betrag in gleicher Höhe zu leisten.

Von Nah und Fern.

= Vom Berliner Schauspielerstreik. In einer Versammlung der noch nicht am Streik teilnehmenden Berliner Schauspieler erklärte man sich mit der Streikleitung solidarisch. Während der Versammlung ließen größere Spenden für die Streikstoffe von namhaften Bühnenkünstlern ein. Trotz des Streikbeschlusses finden in einigen Theatern Vorstellungen statt. Auch die Staatstheater spielen mit Zustimmung der Streikleitung weiter.

= Verschleppt und ausgeplündert wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, der 20 Jahre alte wohnungslose Wälderjunge Fritz Gottweg im Grunewald in der Nähe des Bahnhofs Nollathsee. Er wurde von zwei Männern überfallen und seiner ganzen Kleidung bis auf Hemd, Kragen und Krawatte beraubt. In einem Bahnwärterhäuschen erhielt Gottweg die notwendige Kleidung.

= Besteuerung der Barbefucher. Der Stadtrat von Jena hat, da die Schlemmersteuer nicht durchführbar ist, ein Ortsgesetz beschlossen, wonach der Besuch der Bars, Dielen und ähnlicher Lokale besteuert wird. Jeder Besucher eines solchen Lokals hat den Wert von fünf Glas Bier als Steuer zu zahlen. Für die Steuer haften der Lokalbesitzer oder Pächter. Der Ertrag der Steuern ist zur Verbilligung der Milch für Minderbemittelte bestimmt. Diese Steuer und ihre Verwendung verdient Nachahmung.

Schweres Schiffsunglück bei Barcelona.

Barcelona, 28. Nov. Ein Küstendampfer wurde bei einem Zusammenstoß mit einem Zollschiff in zwei Teile gerissen. 80 Personen wurden über Bord geworfen. Bisher sind 10 Tote und sieben Verwundete gemeldet.

Handel und Volkswirtschaft

Ämtlicher Berliner Dollarkurs: 8753,06.

Berliner Devisenkurse.

	28. 11.		27. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	3451,35	3468,65	3153,10	3165,90
Brüssel	356,10	358,90	321,19	323,81
Christiania	1585,00	1604,00	1471,31	1478,69
Kopenhagen	1760,58	1769,42	1620,93	1629,07
Stockholm	2329,16	2340,48	2149,61	2160,39
Rom	416,45	418,55	384,03	385,97
London	39401,25	39598,75	36009,73	36190,25
Newyork	8753,06	8796,94	8004,95	8045,07
Paris	603,48	606,52	563,85	566,42
Zürich	1640,88	1649,12	1491,20	1498,74
Madrid	1341,63	1348,32	1226,93	1233,08
Wien			11,09	11,15
Prag	269,32	270,68	250,37	251,63
Warschau	50,00		48,75	

Der nachbörslische Dollarkurs betrug: 8830.

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 28. November. (Drahtb.) Der Produktenmarkt hatte heute eine sehr feste Haltung. Im Anschluß an die hohen Devisen war das Getreide durchschnittlich noch fester als Dollar und Gulden. Es fehlte an erheblichem Angebot. Weizen von den Mühlen gesucht. Roggen hauptsächlich von der Reichsgewerbestelle gesucht. Die benötigten Frachterhöhungen rief Nachfrage nach verladbarer Ware hervor. Gerste in Inlandware gesucht. Hafer dauernd fest und wieder hoch. Weizen stark anziehend. Dinkel, Hülsenfrüchte und Futtermittel steigend.

Im einzelnen wurde für 50 Kilo ab Station bezahlt: Für Weizen (märkt.) 14 500—15 000 M. (pomm.) 14 400—700 M. Roggen (märkt.) 15—13 300 M. Sommergerste 12—13 500 M. Hafer (märkt.) 13 600—14 400 M. Mais loco Berlin 15 700—16 200 M. Weizenmehl (100 Kilo) 38—43 000 M. Roggenmehl (100 Kilo) 34—37 000 M. Weizenkleie 7600—7800 M. Roggenkleie 7600—7800 M. Raps 24—25 000 M. Wicken 23—24 000 M. Peluchsen 17—18 000 M. Weizen 19 500—21 000 M. blaue Lupinen 16—17 000 M. gelbe Lupinen 17 000—18 500 M. Gersteflocken 30 000—35 000 M. Rapskuchen 9—9 500 M. Tordenschnitzel 6200—6300 M. Zuckerschnitzel 8500—8700 M. Torfmehl 3700—4000 M.

Münsterischer Viehmarkt.

Münster, 28. November. Der heutige Viehmarkt war recht gut besucht. Der Auftrieb und Handel gestaltete sich ebenfalls gut. Rindvieh war nicht aufgetrieben. Es kosteten Arbeitstiere: 1. Sorte 400—500 000 M., 2. Sorte 300—400 000 M., 3. Sorte 200—300 000 M. beste Stuten über 1000, geringwertige Tiere 100—200 000 M. Fohlen im Alter von 2—2 1/2 Jahren 300—400 000 M., 1—1 1/2 Jahren 200—300 000 M. 1/2 jährige 100—150 000 M. Schlachtpferde 1. Sorte 100—150 000 M., 2. Sorte 50—100 000 M., 3—6 Wochen alte Ferkel kosteten 7—9000 M., 8—9 Wochen alte 10—18 000 M., 4—5 Monate alte Schweine 25—30 000 M., 1/2 jährige Schweine 35—40 000 M. Im ganzen waren aufgetrieben: 243 Pferde, — Fohlen, 128 Ferkel. Besucherzahl 1600. Der nächste Markt findet am 18. Dezember statt.

Münsterischer Schweinemarkt.

Münster, 28. November. (Drahtb.) Zum heutigen Schweinemarkt waren 2151 Schweine aufgetrieben. Es wurden im Engrosabtrieb bezahlt für Ferkel von 5—8 Wochen 5500—8000 M., 8—12 Wochen 8000—12 000 M., 12—15 Wochen 12 000—15 000 M., über 15 Wochen 18 000—28 000 M. Tendenz sehr langsam.

* Donabrücker Bank. Die neu auszugehenden 50 Mill. Aktien sollen den alten Aktionären voraussichtlich zu 250 Prozent angeboten werden.

* Erhöhte Zigarettenpreise. Das Zigarettenkartell setzte die Mindestpreise wie folgt fest: für Strangzigaretten auf 30 M., für desgleichen unter 400 Gramm Tabatgewicht auf 14 M., für Hohlmundstückzigaretten bis 450 Gramm auf 14 M., für desgleichen über 450—700 Gramm auf 14 M. und für desgleichen über 700 Gramm auf 30 M.

a. Steuer.

gestellten. Da
sachen Anzuga
den Hausfrau
Steuerabzuges
stellten zerfäll
b) den Barlohn
der fortgeschre
weilig durch d
Finanzamt des
Januar bis E
dieses Jahres
Münster mit e
Gesetzes von e
5400 M. jährli
mung ein Mün
tel, auf das V
Fünftel. Bei
man das Jahr
dem Barlohn t
des Arbeitsgeb
gen usw. Dies
ortsüblichen P
auch beim Fina
des Barlohns u
freien Station
denen Betrag f
10 Prozent wir
Ermäßigungen
Diese Ermäßigu
Juli 1922 20 M
0,20 M für je
die Zeit von M
monatlich, 9,60
zwei angefangen
kosten. Die Erm
Ende Juli 1922
täglich, 0,45 M
den. Für die 3
gung 90 M mon
Markt für je zw
nach Abschrebu
einzubehaltende
s. St. monatlich
für die Steuerab
900 M monatlich
450 M monatlich
1350 M monatlich
Ermäßigungen
a) für die Person
b) für Werbungst

Bei allen Hausan
Barlohn von 850
Steuerabzug z. St.
850 M (Barlohn)
ab Ermäßigungen

Der einzubehaltend
ten, die bei jeder
des Arbeitnehmers
Arbeitnehmer kein
Lebshöhe ein Steuer
beitnehmer ein St
10 Prozent des M

Roman

27

„Die gute, gu
Gott, ich sehe sie no
ach ... war das e
dort drohen die pr
war der Tag der G
hielt mein Sohn ei
und sie ... ach, si
tars, im weißen R
... ach, Haare wi
teten und glänzten
sicht leuchtete in Fre
gekommen war, um
nicht unseres Glaub
für uns Eingewand
ganze Insel. Dort d
mehr für uns geblat
Die alte Frau h
Jungen unterbrach
nervös zu Elena sag
anders, daß die Men
was man auch will,
die Eingewanderten
fieren Rechten, an d
pierten zu lassen? W
geborenen, den Land
Ihre Sprache aufdräng
„Dann war nie
Wir wollen ur- bloß
unseren Glaub- nehm
„Dann hätte ich
selben und nicht nach
Sgenio. „Wer auf
dort die Heimat nicht

Aus der Heimat.

Boscholt, den 29. November 1922.

a. Steuerabzug bei den Dienstboten und sonstigen Hausangehörigen. Das Finanzamt Borken schreibt uns: Wie aus nachfolgenden Aufträgen hervorgeht, besteht insbesondere vielfach bei den Hausfrauen Unklarheit über die Art der Berechnung des Steuerabzuges bei den Dienstboten. Der Lohn der Hausangehörigen zerfällt durchweg in zwei Teile: a) die freie Station, b) den Barlohn. I. Der Wert der freien Station ist entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung veränderlich und wird jeweils durch das ständige Landesfinanzamt festgestellt und vom Finanzamt bekannt gemacht. Er betrug für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Juni 1922 8000 M jährlich. Vom 1. Juli dieses Jahres ab beträgt dieser Wert, da das Landesfinanzamt Münster mit Rücksicht auf die erwartenden Abänderungen des Gesetzes von einer Erhöhung vorläufig Abstand genommen hat, 6400 M jährlich. Von diesem Betrage entfallen auf freie Wohnung ein Fünftel, auf das erste und zweite Frühstück ein Fünftel, auf das Mittagessen zwei Fünftel, auf das Abendessen ein Fünftel. Bei der Umrechnung auf kürzere Zeiträume rechnet man das Jahr zu 12 Monaten und 360 Arbeitstagen. II. Zu dem Barlohn treten vielfach noch sonstige geldwerte Leistungen des Arbeitgebers hinzu, z. B. Gewährung von Kleidung, Schürzen usw. Diese sonstigen geldwerten Leistungen sind mit den ortsüblichen Preisen abzulesen, die beim Kaufmann bzw. auch beim Finanzamt erfragt werden müssen. III. Der Betrag des Barlohns und der sonstigen Leistungen und der Wert der freien Station sind zusammenzusetzen und von dem so gefundenen Betrag sind 10 Prozent zu berechnen. Dieser Betrag von 10 Prozent wird gekürzt um die dem Arbeitnehmer zustehenden Ermäßigungen und zwar: a) für die Person des Arbeitnehmers. Diese Ermäßigung betrug für die Monate Januar bis Ende Juni 1922 20 M monatlich, 4,80 M wöchentlich, 0,80 M täglich, 0,20 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Für die Zeit von August 1922 ab beträgt diese Ermäßigung 40 M monatlich, 9,60 M wöchentlich, 1,60 M täglich, 0,40 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. b) Für Werbungskosten. Die Ermäßigung betrug für die Monate Januar bis Ende Juni 1922 45 M monatlich, 10,80 M wöchentlich, 1,80 M täglich, 0,45 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Für die Zeit von August 1922 ab beträgt diese Ermäßigung 90 M monatlich, 21,60 M wöchentlich, 3,60 M täglich, 0,90 M für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Der nach Abrechnung dieser Ermäßigungen verbleibende Rest ist der einzubehaltende Steuerbetrag. Bezieht also ein Dienstmädchen 8 St. monatlich 900 M Barlohn und freie Station, so berechnet sich der Steuerabzug z. Bt. wie folgt:

900 M monatlich (Barlohn)	
450 M monatlich (freie Station)	
1350 M monatlich 10 Proz. =	135 M
Ermäßigungen	
a) für die Person 40 M	
b) für Werbungskosten 90 M	130 M
Steuer 5 M monatlich	

Bei allen Hausangehörigen, die neben der freien Station einen Barlohn von 850 M monatlich oder weniger beziehen, ist ein Steuerabzug z. Bt. nicht vorzunehmen, denn:

$$850 \text{ M (Barlohn)} + 450 \text{ M (freie Station)} = 1300 \text{ M} = 130 \text{ M ab Ermäßigungen}$$

Der einzubehaltende Steuerbetrag ist in Form von Steuermarken, die bei jeder Postanstalt käuflich sind, in das Steuerbuch des Arbeitnehmers einzufüllen und zu entwerfen. Bezieht der Arbeitnehmer kein Steuerbuch, so hat er sich von der Gemeindebehörde ein Steuerbuch ausfüllen zu lassen. Solange der Arbeitnehmer ein Steuerbuch nicht vorlegt, hat der Arbeitgeber 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten ohne Ermäßigungen.

Fremde Erde.

Roman von Richard Nordmann.

(Nachdruck verboten.)

„Die gute, gute Seele!“ jammerte Frau Maiken. „Mein Gott, ich sehe sie noch vor mir, wie sie damals ... ja, ach ... ach ... war das ein Tag, ein wunderbarer Tag! Sie hatte dort droben die protestantische Kapelle erbauen lassen und es war der Tag der Einweihung ... der Pastor predigte ... dann hielt mein Sohn eine Ansprache an die deutschen Kinder ... und sie ... ach, sie stand an der ersten Stufe des kleinen Altars, im weißen Kleide, mit bloßem Haupte, aber ihre Haare ... ach, Haare wie die Ihrigen, Fräuleinchen ... die leuchteten und glänzten wie die schönste Goldkrone ... und ihr Gesicht leuchtete in Freude und Lächeln auf ihren Vater, der auch gekommen war, um der Einweihung beizuwohnen, obwohl er nicht unseres Glaubens ist. Ja — das waren noch gute Zeiten für uns Eingewanderten! Aber jetzt ...! Der Kuckuck holt die ganze Insel. Dort droben in der Kapelle wird kein Gottesdienst mehr für uns gehalten, ist das nicht eine Schande, Fräuleinchen?“

Die alte Frau hätte wohl noch länger so fortgeredet, aber Ingenio unterbrach den Redeschwall, indem er laut und etwas nervös zu Elena sagte: „Es ist in der ganzen Welt so und nicht anders, daß die Menschen unzufrieden sind, man mag für sie tun, was man auch will. Ist es nicht gästkundlich genug von uns, die Eingewanderten in unserer Mitte aufzunehmen, sie an unseren Rechten, an den Wohlthaten unserer Gesetzgebung partizipieren zu lassen? Was wollen sie denn noch? Uns, den Eingewanderten, den Landeskinder, ihre Sitten, ihren Glauben und ihre Sprache aufdrängen?“

„Davon war nie die Rede!“ wußte der alte Kuckuck ein. „Wir wollen nur — bloß nicht unsere Sitten, unsere Sprache und unseren Glauben — nehmen lassen.“

„Dann hättet ihr einfach auf eurer heimatlichen Scholle bleiben und nicht nach fremden Lande ziehen sollen.“ sagte Ingenio. „Wer auf fremder Erde sein Brot gewinnen will, darf die Heimat nicht im Herzen tragen. Der Moos — oder

gen zu verläßtigen und diesen Betrag für den Arbeitnehmer aufzubewahren, bis dieser ein Steuerbuch vorlegt. Hat der Arbeitgeber das Fehlen der Steuermarken auf seine Kosten übernommen, so erhöht sich der gesamte Arbeitslohn (freie Station und Barlohn) um ein Neuntel seines Betrages. In dem vorstehenden Beispiel würde in diesem Falle der Steuerabzug also von einem Arbeitslohn von 900 M (Barlohn) + 450 M (freie Station) + 150 M (ein Neuntel von 900 + 450) = 1500 M vorzunehmen sein.

c. Ortsartikel Boscholt, Deutscher Beamtenbund. Der Leitung des Ortsartikels ist es nach energischen Bemühungen gelungen, auch für die Boscholter Beamtenschaft eine Grenzumlage zu erwirken. Der Reichsrat hat in letzterinstimmung mit dem Reichsfinanzminister bestimmt, daß in Boscholt diese Umlage in Rücksicht auf die wirtschaftlich schwierige Lage in ihrem Höchstbetrage von 7 Prozent aller Grundbesitze gezahlt wird. Weiter sind bewilligt für Borken, Gronau, Epe, Breden, Emmerich und Kleve 7 Prozent, für Althaus und Stadthaus 5 Prozent.

a. Weitere Liebesgaben aus Holland. Auch aus Dichtensvoorde und der Bauerschaft Siemwert trafen in diesen Tagen mehrere aus Kartoffeln bestehende Sendungen Liebesgaben für die Armen der Stadt Boscholt hier ein. Die Sammlung ist von der „Katholische Soziale Actie“ in Dichtensvoorde, deren Vorsitzender der Fabrikant H. J. S. Schouten ist, veranstaltet und begegnet dankbarer Aufnahme bei der Bevölkerung der Stadt Boscholt. Die Verteilung der Liebesgaben erfolgt ebenfalls durch den zuständigen Ausschuss beim städtischen Wohlfahrtsamt.

r. B. J. C. 1900. Die Neuwahl des Vorstandes im B. J. C. 1900 e. B. hatte folgendes Ergebnis: 1. Vor. Herr Studierat Wittenberg, 2. Vor. Herr Stahlhuth sen., 1. Kassierer und Geschäftsführer Herr Karl Kipper, 2. Kassierer Herr Kurt Stahlhuth, 1. Schriftführer Herr Voigt, 2. Schriftführer Herr Scholtens. Vertreter der Passiven und Beisitzer: die Herren Kettler, R. Kalkamp, Mäurer. Gerätewarte: die Herren Gerönnis, Kleins, Tenberfel, Spielschuh: die Herren Feibhaar, R. Stahlhuth, Terregge. Jugendauschuss: die Herren Beume, Dammers, R. Westerhoff. Vergütungs-Ausschuss: die Herren Willmes, Kraft, Oststein.

r. Zaubervorstellungen. Im „Großen Kurfürsten“ veranstaltete Herr Paul Wöhle von hier mehrere Zaubervorstellungen, die man als gut gelungen bezeichnen kann. Die Bühnenausschattung war glänzend, die Technik des Vortragenden verblüffend. Der Salon mit Vorführung des Schnellmalers, ferner Margas Traumgarten gefielen besonders. Auch der hypnotische Teil und die Geisteskunde um Mitternacht waren gut. Die beiden letzten Vorstellungen wiesen bedeutende Verbesserungen auf. So trug Frä. Lisette Schubert mit geschulter und klangvoller Stimme in Margas Traumgarten einige Lieder vor, die starken Beifall fanden und zu einer Zugabe veranlaßten. Auch war durch Aenderungen der Beleuchtung der hypnotische Teil mit der Mitternachtsstunde bedeutend gelungen. Der Besuch entsprach leider nicht den Erwartungen, jedoch darf sich Herr Wöhle nicht dadurch von weiteren Vorstellungen abschrecken lassen.

f. Arbeiter - Zentrumsweiler - Versammlung. In der gegenwärtigen Zeit, in der die politischen Ereignisse sich überlagern, in der neue Männer die Führung übernommen haben und neue Strömungen im Volke sich zeigen, ist es notwendig, sich in etwa Klarheit über die jetzige politische Lage zu verschaffen, um weiterhin aber auch die Stellung der Zentrumsparität zu den einzelnen Fragen kennen zu lernen. Wir katholischen Arbeiter stehen zur Zentrumsparität, das haben wir oft genug bewiesen. Aber, oder gerade deshalb ist es gut, wenn wir mal offen aussprechen, wie wir uns unsere Stellung zur Zentrumsparität denken, welche Aufgaben die letztere der Arbeiterzentrumsweiler geschaffenen Einrichtungen (Arbeiter-Beirat, Pol. Komitee) usw. haben. Zu diesem Zweck findet Sonntag nachmittags, 5 Uhr, im Arbeitervereinshaus St. Paulus eine große Arbeiter-Zentrumsweiler-Versammlung statt, in der Abgeord-

neter Volkspresident Stiller-Gesellschaft sprechen wird über die politische Lage, die Zentrumsparität und wir! Zu dieser Versammlung sind die einzelnen politischen Komitees des Bezirks sowie die Arbeiter-Zentrumsweiler von Boscholt und Umgebung freundlich eingeladen. Näheres in der Samstagsnummer.

h. St. Antonius-Schützenverein. Zu der am Sonntag nachmittags aberaumten Mitglieder-Versammlung hatten sich die Mitglieder mit ihren Damen trotz der schlechten Witterung recht zahlreich eingefunden. Nach Empfang der Beiträge und Aufnahme von einigen neuen Mitgliedern wurde über die Christbaumfeier beraten. Alle Anwesenden waren sich darin einig, eine Christbaumfeier mit Kinderbescherung abzuhalten. Wegen der augenblicklichen schweren Zeit wurde der Antrag gestellt, daß jedes Mitglied 150 Mark beitrage solle, um den Kindern eine rechte Weihnachtstube bereiten zu können. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Mehrere Damen erboten sich bereitwillig, dieses Geld einzusammeln. Da auch die Gesangsabteilung und der Turnverein Jahn zur Verschönerung der Feier beitragen wollen, wird sich die Christbaumfeier zu einem schönen Familienfest gestalten. Ort und Zeit werden in den Zeitungen noch bekannt gemacht.

r. Ziehungsliste. In unserer Geschäftsstelle Nobelstraße liegt die amtliche Gewinnliste der 5. Klasse der Klassenlotterie zur Einsicht aus.

(.) Ein ehrlicher Junge. Dieser Tage verlor ein Herr vor einem Geschäft eine Brieftasche, in der sich u. a. auch etwa 50 Gulden befanden. Ein Junge fand sie und brachte sie dem Besitzer wieder, der seine Besuchskarten in der Brieftasche stecken hatte. Für seine Ehrlichkeit erhielt der Junge einen guten Finderlohn.

o. Beschlagnahme. Bei einer Revision wurde von der Polizei bei einem Trödler ein größerer Maschinenenteil beschlagnahmt, der aus einem Diebstahl aus einer hiesigen Fabrik hervorgeht. Nähere Angaben erteilt die Kriminalabteilung.

a. Die Preisfrage. Der Feuerungsauflage für Fernspreckgebühren wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 an von 600 auf 1300 v. H. erhöht. Zu den vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebühren (Grundgebühren) wird jedoch noch bis Ende Dezember 1922 der Zuschlag von 600 v. H. und erst vom 1. Januar 1923 an der Zuschlag von 1300 v. H. erhoben. Es sind daher für die Monatsgebühren (Orts- und Ferngebühren) vom 1. Dezember ab 1300 v. H. Feuerungsauflage zu zahlen, während die Grundgebühr eine Erhöhung von 1300 v. H. erst vom 1. Januar 1923 ab erfährt. Sofern Fernsprecknehmer ihr Vertragsverhältnis aus Anlaß der Gebührenerhöhung lösen wollen, können sie ihre Fernspreckeinrichtungen bis 25. November auf den 30. November oder bis 25. Dezember auf den 31. Dezember ds. Jrs. kündigen.

r. Bräunen, 28. Nov. Heberfallen. Am Montag früh wurde auf der Dinslaken Chaussee in Friedrichsfeld ein hiesiger Landwirt überfallen und seiner Barchart in Höhe von 20 000 Mark beraubt. Als Täter kommen 2 Radfahrer in Frage, von denen der eine einen gelben Gummimantel und gelbe Gamaschen, der andere einen dunklen Anzug trug. Die Räuber haben sich nach der Tat in Richtung auf Wesel entfernt.

r. Sammelkiste, 28. Nov. Viehdiebstahl. Von der Weide auf dem Dichtensholz wurde ein rotbuntes Rind gestohlen. Der Bestohlene klagt für die Wiedererlangung 50 000 Mark Belohnung aus.

* Berne, 27. Nov. Einbruchdiebstahl. In der Nacht wurde die Schaufensterscheibe am Kaufhaus Gloswin, Ehrlinghausen, eingeschlagen. Ein vorübergehender Herr hatte bemerkt, daß Einbrecher in dem Geschäft tätig waren und benachrichtigte die Polizei. Als nun der Dieb, der aus Kamen sein soll, mit seiner Beute im Werte von etwa 200 000 Mark aus dem Geschäft auf die Straße kam, wurde er von der Schutzpolizei in Empfang genommen und verhaftet.

Zählten die Gerhards auf der Insel alles und die Palastazzi nichts — gar nichts? Nicht einmal diejenigen, zu denen sie sich mit ihren Sympathien zugehörig fühlte, die Deutschen, hatten es gewagt, sich offen zu ihr zu bekennen?

Unter solchem Drucke standen hier die Armen, eigentlich Heimatslosen?

Und Ingenio selbst, ihr Bräutigam, war mit einer von jenen, die sie bedrückten hatten und heimlos und fremd machten auf fremder Erde, anstatt ihnen menschlich beizustehen und sein Ansehen, seine Macht, die er offenbar zu besitzen schien, dahin auszunutzen, ihnen das Ihersein erträglich, wenn schon nicht angenehm zu machen?

Waren es denn nicht ebenso die Arbeiter seines Onkels, hatten sie denn nicht ebenfugut für diesen gearbeitet und dazu beigegeben, ihn zum reichen Manne zu machen?

Und dieser Onkel, selbst ein Deutscher, der einst als blutjunger, vermögensloser Oekonom hierher eingewandert war und es zum Millionär gebracht hatte, was war dieser Friedrich Gerhards, der Kompanion ihres Vaters, für ein Mensch, daß er diesen Zuständen nicht steuerte?

„Wie kommt es, daß man für die Kinder von San Marina kein eigenes Schulhaus errichtet hat, sondern sie bis nach Kyriako gehen läßt?“ fragte Elena plötzlich.

„Du meinst wohl, für die deutschen Kinder?“ fragte Ingenio etwas spöttisch zurück.

„Für die Deutschen allein?“ Elena blieb stehen und sah ihn erkannt an. „Du könntest mich für so engherzig halten und glauben, ich könnte jemals daran denken, zwischen Kindern und Kindern Unterschiede zu machen? Ich würde wünschen, daß in San Marina ein großes Schulhaus für alle erründe, mit ausgezeichneten liberalen Lehrern an der Spitze, die keine Zungenpolitik treiben — wie es mir jetzt der Fall zu sein scheint.“

„In der Schule zu Kyriako sitzen vorzügliche Lehrer, daß sie den Mäkten nicht unter sich haben wollen, ist begreiflich, er ist ein Narr, ein Phantast, ein Deutschtümler, der alles, was nicht deutsch ist, verachtet und verachtet. Wahrscheinlich, ich werde dafür sorgen, daß ihm die Behörden den Aufenthalt auf unserer Insel verweilen.“

(Fortsetzung folgt.)

St. Agnes - Hospital

Bocholt.

Da das Hospital Verbandssachen, Münt-
genrühren usw. sofort bezahlen muß, zum
Teil sogar vor der Lieferung, müssen wir
darauf bestehen, daß Verbände, Bestraf-
lungen, Wäber oder dergl. gleich bezahlt
werden. Diejenigen Personen, welche
Kassen angehören, müssen einen Kassens-
chein mitbringen, andernfalls müssen sie
selbst zahlen.

Der Hospital-Vorstand.

General-Versammlung

der
**Biedererficherung des Biedererficht-
vereins des westlichen Münsterlandes**
Bocholt

am Samstag, den 2. Dezember 1922,
nachmittags 4 Uhr
im Restaurant **Nienhaus** in **Bocholt**.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Versicherungsprämie,
2. Festlegung der Prämienhöhe,
3. Wahl der Bezirksvorstände,
4. Entschädigungen betr.,
5. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Der Direktor: **Frhr. v. Graes.**

Für Schwerhörige

Der kleine Lautsprecher im Ohr
Siemens & Halske A.-G.

Vorführung: Donnerstag, den 20. Novbr.
1922 in **Bocholt**, von 8-7 Uhr Bahnhof-
Hotel; Freitag, den 1. Dezember 1922 in
Bocholt von 9-1 Uhr, Hotel zur Post.

Phonophor-Gesellschaft
Hamburg, Wittenbergstr. 13.

Fay's ächte Sodener Mineral-Pastillen

Reines
Sodaprodukt
seit nahezu 40 Jahren bestanden bewährt
gegen Husten, Heiser-
keit und Verschleimung
in neuer hygienischer Verpackung (auch
mit Menthol-Zusatz) überall erhältlich

Bekanntmachung

Die Ausgabe der Zuckerkarten an Haushal-
tungen, welche im Besitze eines Lebensmittel-
buches sind, findet im Verwaltungsgebäude Ra-
darstraße 4, Zimmer Nr. 4, in nachstehender
Reihenfolge statt:

Lebensmittelbuchnummer:
1-1300 Mittwoch vormittag
1301-2600 Mittwoch nachmittags
2601-3900 Donnerstag vormittag
3901-5200 Donnerstag nachmittags
Ausgabezeit: vormittags von 8-1 Uhr,
nachmittags von 2-6 Uhr.

Die Zuckerkarten werden nur gegen Vorle-
gung des Lebensmittelbuches abgegeben.
Diejenigen Haushaltungen, welche nicht
im Besitze eines Lebensmittelbuches sind, erhal-
ten die Zuckerkarten am Freitag und Samstag
vormittags (im Zimmer 12 des Lebensmittelamtes
(Rathaus)) während der Dienststunden.

Bocholt, den 28. November 1922.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Entseerung der Abgruben an den Schu-
len und sonstigen städtischen Gebäuden soll ver-
geben werden. Bedingungen können auf dem
Stadtbauamt, Zimmer 19, eingesehen werden.
Interessenten wollen ihre Angebote spätestens
bis zum 1. Dezember unter Anerkennung der Be-
dingungen dem Stadtbauamt einreichen.

Bocholt, den 18. November 1922.

Stadtbauamt.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 7. Dezember,
morgens 9 Uhr beginnend, findet die Schau
über sämtliche Wasserleitungen in der Ge-
meinde Ringenberg, der Gräben am
Schloßwege und des See- und Wolfgrä-
bens statt.

Wesel, den 24. November 1922.

Bürgermeisteramt Ringenberg.

Versicherungsfirma,

ble alle Versicherungsweine in der Hauptsache
Feuer-, Transport- und Aufrühr-Versicherung be-
steht, sucht

rührigen Vertreter,
der über gute Beziehungen zu Handel- und In-
dustriekreisläufen verfügt und bereit ist, diese Bezie-
hungen in zielbewusster Tätigkeit auszunutzen.

Offerten unter **Nr. 570** erbeten an die Ge-
schäftsstelle ds. V.

Am 1. Dezember 1922, mittags 12 Uhr
werden bei der Rollenpektion **Amholt**

2 Biederer schweren Schläges
(Kappe und Fuchs) meistbietend versteigert. 610.
Zoll inspektoren **Andolt**.

Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft, Hamburg.

Einladung zur außerordentlichen General-
versammlung auf Mittwoch, den 20. De-
zember 1922, nachmittags 4 Uhr im Sit-
zungssaal der Commerz- und Privat-
Bank Akt.-Ges. in Hamburg.

Tagesordnung!

1. Erziehung zum Aufsichtsrat.
2. Beschlußfassung über die Erhöhung des
Grundkapitals um nom. M. 250 000 000
durch Ausgabe neuer Aktien, unter Aus-
schluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der
Aktionäre.
3. Beschlußfassung über Änderung des
§ 6 der Statuten dahin, daß das Grund-
kapital nunmehr M. 500 000 000 be-
trägt.

Die Herren Aktionäre, welche an der
Generalversammlung teilnehmen wollen,
werden gemäß § 17 des Gesellschaftsver-
trages gebeten, ihre Aktien oder die nota-
rielle, die Nummer derselben enthaltende
Bescheinigung über eine bei einem deut-
schen Notar erfolgte Hinterlegung bis zum
15. Dezember 1922

bei dem **Barmer Bankverein** Hin-
sberg, Fischer & Co. in **Barmen**
oder bei
der **Darmstädter und Nationalbank**,
Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Berlin
der **Commerz- und Privatbank A.-G.**
in **Hamburg**
dem **Bankhause Simon Hirschland** in
Essen, oder
dem **Bankhause Siegfried Falk** in
Düsseldorf
zu hinterlegen.

Der Hinterlegung ist ein doppeltes
Nummernverzeichnis beizufügen, wovon
eines mit dem Vermerk über die Stimmen-
zahl zurückgegeben wird. Dieses dient als
Ausweis zum Eintritt in die Versammlung.
Erfolgt eine Hinterlegung bei einem Notar,
so muß die notarielle Hinterlegungsbeschei-
nigung spätestens am 19. Dezember ds. J.
bei der Gesellschaft hinterlegt werden.

Hamburg, den 24. November 1922.

Der Aufsichtsrat
Arioni, Vorsitzender.



wie Uhren, Ketten, Ringe

kauft zu höchsten Tagespreisen

Optiker Winkler

Am Gasthausplatz.

Stedbrief.

Gegen den Fabrikarbeiter **Heinrich
Gebbing** aus **Bocholt**, Hochfeld Nr. 82,
geb. am 2. Juni 1904 zu **Bocholt**, welcher
sich verborgen hält, ist die Untersuchungs-
haft wegen tätlicher Beleidigung einer
Schülerin, begangen in **Rhede** (Kreis **Bo-**
ten) am 2. Juni 1922, verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften
und in das nächste Gerichtsgefängnis abzu-
liefern sowie zu den hiesigen Akten
D 158-22 sofort Mitteilung zu machen.

Bocholt, den 20. November 1922.

Preuß. Amtsgericht.

Stedbrief.

Gegen den Fabrikarbeiter **Bernhard
Elschot** aus **Bocholt**, geboren am 25.
Oktober 1891 zu **Lichtenvoorde** (Holland),
jetziger vermuteter Aufenthalt **Holland**, ist
die Untersuchungshaft wegen verbotener
Einfuhr, begangen im **Amtsgerichtsbezirk**
Bocholt im März 1919, verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften
und in das nächste Gerichtsgefängnis abzu-
liefern sowie zu den hiesigen Akten
D 89-19 sofort Mitteilung zu machen.

Bocholt, den 18. November 1922.

Preuß. Amtsgericht.

Bremer-Worpsweder Kunst-Ausstellung

im Schützenhof zu **Bocholt**
27. November — 10. Dezember

Geöffnet: an Wochentagen 10-1 u. 2-5 1/2 Uhr
an Sonntagen von 10-1 Uhr

Die Ausstellungs-Leitung.

Erhöhung der Bahnfrachten!

Die Bahnfrachten sind am 1. November d. J.
um weitere 50% erhöht worden, die Waren-Versender
und -Empfänger sollten deshalb für den Transport ihrer
Sendungen mehr als bisher den Wasserweg ausnützen.

Wir vertreten erstklassige

**Personenboot-Reedereien,
Güterdampfer-Reedereien und
Rhein-See-Reedereien**

und übernehmen für diese alle Güter von **Wesel**
nach **Rheinstationen** und
Nord- und Ostseehäfen,

sowie in umgekehrter Richtung zu Sägen, die
weniger als die Hälfte der Bahnfrachten
betragen.

Güteranmeldungen und Frachtforderungen erbeten.

Wesel Gehr. Rigaud Nachf. G. m. b. H.

Telefon Nr. 2 Spedition, Schiffahrt, Lagerung.
Telegr.-Adr. „Vorwärts.“ Rollfuhrwerk. (H)

Suche in **Bocholt**

Bürgerliches Wohnhaus

zu kaufen oder

3 bis 5 Zimmer zu mieten.

Zahle hohe Miete und besorge Vermieter für 1922/23
gratis gute **Handbrautrohle**. Vermittl. entsprechende
Vergütung.

Vingebote unter **C. N. 2118** an **Ala Haasenfeld & Bogler**,
Dortmund, Brückstraße 12-14 571a

Junge Frau

mit 2 Kindern sucht Unterkunft bei allein-
stehender älterer Frau, welche die Kinder
über Tag beaufsichtigt, gegen gute Vergütung.
Adressen abzugeben in der Geschäftsstelle.

Großhandlung sucht tüchtigen, selbstän-
digen und abschließbaren

Buchhalter.

Bei zufriedenstellenden Leistungen gutbezahlte
Dauerstellung. Selbstgeschriebene Angebote unter
C. 6400 an die Geschäftsstelle ds. V.

Tätige selbständige

Elektromonteur

stellt bei hohem Lohn sofort ein

Hochgarb & Siffen, Bocholt i. W.

Tüchtiger Heizer

gesucht.

J. Borgers, Wattenfabrik.

Karbid

alle Abmessungen sofort
lieferbar; leere Karbid-
trommeln zu kaufen ge-
boten.

Bruns & Rohlfing,
Höhren- und Metall-
großhandlung,
Wittenbergstr. 1. Westf.
Fernruf 374 u. 3740.

Kauf neue

Halbschuhe

Nr. 38, weil zu klein,

Kinderchuhe Nr. 33,

alte Kleider,

großer Puppenoch-

herd zu verkaufen.

Emwarthstr. 8.

3. wahren, schauer

Sund

(am liebsten Schächer-
hund) zu kaufen gesucht.

Bornh. Vinsling,

Westf. zur Gabe.

Wer teilt gründlichen Unterricht in Gabelberger Stenographie?

Anmeldungen in der
Geschäftsstelle.

Reine

Kesselasche

abzugeben.

Franz Beckmann & Co.

Ein sehr gut erhaltener

Zimmerofen

billig abzugeben.

Nordwall 12.

Herrenuhr

und Kette

zu kaufen gesucht.

Wab. Geschäftsstelle.

Wagungspreis ein-
mal 200.— (freiblei-
blich sein)

Rhede

Nr. 278

Ein neue

Berlin, 28. No-
ven des Reichsrechn-
für Ersparrung in
bezeichnet werden.

Einen Reichs-
einmal gegeben. D
nichts erreichen könn-
hände der einzelnen
dah unter dem Dra-
Spartakommissar ein

Wesem

Berlin, 28. N

rat und Reichstag
Ergänzungsgelei
zeit wurde der B
Milliarde Goldma
74 Milliarden fest
den durch die Mar-
kabinett hat sich
einem Gesetzentw
lung der Zwangs
Reichskabinett hat
höhung der Wohn-
nung gegeben.

Maßnahm

Von verschiede
Bundhine des Sch
hebung von Rebe
schimm haben sich
eigen Grenze ent
fieren unverzollt i
Grenze ist der Me
Lämpfung des Sch
zeug arbeitet. De
Landtag einen Ge
tung und Ausgest

Deutsche A

Eine Erwideru
Berlin, 28. Nov.
den Völkern ger
der polnischen Reg
darstellt. In der No
bezeichnet, die poln
ten zu wollen. Zu
terfährte Geheimorg
der deutschen Regier
handlungen nationale
im April d. Js. ihre
zahlreiche von poln
haben. Erst am 30.
oberflächlich gegenü
zur Selbsthilfe über
fermaterial an über
nen Flüchtlinge. We
Klagen über die man
auf deutscher Seite
berheitschulen bereit
Regierung ihre Verp
gang ungenügend ober
angeregt, daß von de
über Auslieferungen
um eine unparteiische

Die Kon

Eine utli
London, 28. Nov.
russische Delegierte
er völlige Gleichstun
serenz vertretenen M
nicht an ihre teilnehm
werde dahingehen, daß
mit den anderen Mä
drierung kommen, die

Moskau, 28. Nov
nach Lausanne abgerei
Empfänge zugehen. S
Tag in Berlin verwei

Laufanne, 28. No
Karte heute bei einem
Unterstützung gepflo
Bulgariens zum Meer
nischen Bulgariens in
eines austretenden G
Zusbau des Hafens